

Grösste Auswahl, hochmoderne Neuheiten.
Anzüge
schon mit 5 Mk. Anzahlung.
Wochenrate 1 Mk.

Aparté Neuheiten in allen Farben.
Paletots
schon mit 3 Mk. Anzahlung.
Wochenrate 1 Mk.

L. Eichmann
Grösstes Waren- und Möbelhaus in Halle a. S.,
Grosse Ulrichstrasse 61,
Eingang Schulstrasse.
6 Läden in den Kaiseräulen.
Gegründet 1888.

Aus der Fabrik Gebr. Reichenstein
Kinderwagen, Sportwagen
schon mit 3 Mk. Anzahlung.
Wochenrate 1 Mk.

2 Mk. Anzahlung auf einzelne Möbel.
Ganze Einrichtungen schon mit 7 Mk. Anzahlung.
Wagen ohne Firma.

Deutscher Reichstag.

147. Sitzung, Freitag, 1. Mai.
Die Münznote.

Die wesentlichen Bestimmungen betreffend die Einführung eines 25 Pfennigstücks und die Erhöhung der Silberstopfnote von 15 auf 20 Mf. Eine Resolution der Kommission wünscht eine mehr limitierte Ausfertigung der Reichsmünzen und hierzu ein Beschränkungs-; insbesondere soll eine mehr handlichere Form der Pfennigstücke angedacht werden. Eine andere Resolution der Kommission wünscht eine Reduktion der Münzmenge. Ein Antrag Haab (mittl. Sp.), Geming (link.) und Dr. Trendl (Rechts) fordert, und zwar im Text des Gesetzes, die Ausprägung von Dreimarckstücken.

Abg. Dr. Wäger-Sandburen (Zit.): Die Reichsliste meiner Partei wird für das 25 Pfennigstück stimmen, die säkularisierten Mitglieder dagegen, weil diese eine Wiedererhöhung für Waren im Werte von 20 bis 24 Pf. beabsichtigen. Der Erhöhung der Stopfnote stimmen wir ebenfalls zu. Ein Teil von uns ist auch für die Beibehaltung der Dreimarckstücke. Abg. Dr. Trendl (Rechts) spricht über den Antrag an Silbermünzen und fordert den Zähler.

Abg. Crel (Mitl.): Das 25 Pfennigstück halten wir für zweckmäßig; eine limitierte Ausfertigung der Münze ist erforderlich. Hauptsächlich hat der Schatzkanzler mit seinen Preisanschreiben mehr Glück als die künftige Regierung hat. Hierin ist Preisanschreiben für Kolonialwaren. Der Preisanschreiben des Zellers kann ein großer Teil meiner Freunde nicht bestimmen.

Abg. Gieger (Soz.): Der Zähler hat absolut keinen Zweck. Dem Gesetz stimmen wir zu.

Abg. Schr. v. Camp (Rechts): Der Zähler wird die Lösungsgang veranlassen.

Abg. Kaempff (Rechts): Für das Dreimarckstück scheint keine Notwendigkeit zu sein. Zwingend genannt werden muß vor einer übermäßigen Ausprägung von Silber- und Goldmünzen. Dadurch würden wir Goldmünzen bekommen. Wir hoffen, daß die Regierung ihre Aufgabe in dieser Beziehung löst.

Abg. Haab (mittl. Sp.): Der Zähler ist keine Währungsfrage mehr, er ist nur eine Zweckmittelfrage. Stimmen Sie für den Zähler, dann ist es wirklich ein letzter 1. Mai.

Schatzkanzler Dr. Eydoux: Beim 25 Pfennigstück soll dem reinen Metall der Betrag gegeben werden. Die Münze wird dünner und dadurch leichter unterzählbar. Die abgemessenen Pfennigstücke sollen mehr als bisher aus dem Verkehr gezogen werden. Sie werden verdrängt, das Pfennigstück handlichere zu machen, unter Umständen durch ein Preisauschreiben. Auch wegen des 25 Pfennigstücks stellt der Staatskanzler ein Preisauschreiben in Aussicht. Die Handelskammern sind gegen das Dreimarckstück, die Landwirte sind dafür und die Handwerker fordern gleicher Meinung. Interessant ist, daß die Eisenbahnen, Sandoz und Geysen an beiden Seiten das Wort Haab sprechen, Wäppling und Kempff sind dagegen. Der Zähler ist keine prinzipielle Frage mehr. Im weiteren Verlauf der Erörterung erklärt der Schatzkanzler sich ablehnend gegen eine Durchlösung der Münzen.

Wohlfühlbeweisungs- und Scheckverkehr.

Für weitere Beratung steht lobend der zweite Ratstag zum Reichsfinanzminister, der den Reichsfinanzminister ersucht, auf den Reichsfinanzminister und Scheckverkehr einzugehen. Bis zum 1. April 1912 soll eine gesetzliche Regelung erfolgen. Die Kommission beabsichtigt in einer Resolution eine einseitige Regelung der Gebühren: 5 Pfennig bei Barzahlungen für eingetragene 500 Mf., eine feste Gebühr von 5 Pfennig und ein Zehntel vom Zehner für jede Barzahlung.

Abhängig, bei Kommunalanfragen 3 Pfennig und bei mehr als 500 Pfennigen eine Zuschlagsgebühr von 7 Pfennig für jede weitere Buchung. Diese Zuschlagsgebühr beantragt die freiwillige Reaktionsgemeinschaft zu stehen. Eine nationalliberale Resolution erucht um Verbilligung der Gebührentafel, sobald die Einmengen aus dem Reichsgebiet für die Reichsstaaten übersteigen.

Abg. Wacker (Rechts) erklärt, daß seine Partei ihre Bedenken fast nicht mit Rücksicht auf die angelegte gesetzliche Regelung im Jahre 1912. Gemeinwohl soll es ein Verbot sein.

Abg. Weber (Mitl.) bringt die Wünsche des Kaufmanns des Handeltages zum Vortrage, insbesondere um Fortschritt der Scheckgebühren.

Abg. Kretsch (link.) hält den abweichenden Standpunkt der Reichsliste mit Rücksicht auf den beabsichtigten ungenügenden Einfluss auf den Geldverkehr der Bevölkerung aufrecht.

Abg. Kaempff (Rechts), Wömmel (Rechts), Sp. und Storz (Mitl. Sp.) bedauern die Höhe der Gebühren, die den Postverkehr nicht populär machen werden.

Staatskanzler Kretsch vertritt die Vorlage, legt den Antrag der Freizügigen ab, ebenso die Fortschritt der Scheckgebühren und verweist im übrigen auf die gesetzliche Regelung im Jahre 1912.

Die Vorlage wird angenommen und die Resolutionen der Kommission und der Nationalliberalen. Die Resolution der Freizügigen wird abgelehnt.

Das Gesetz über den Versicherungsvertrag

wird hierauf in zweiter Lesung in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse an bloß angenommen und in die Ausschüsse. Hierzu liegt ein Antrag der Sozialdemokraten vor, der die Rechte der Versicherer in Versicherungsunternehmen nach verschiedenen Richtungen sichern will. Eine Resolution der Kommission erucht um Revision der dem Gesetz nicht unterliegenden Versicherer.

Abg. Oberberg (Zit.) weist gegen die Absoluten und Insurtenversicherer und verlangt für Recht.

Abg. Eberhard (Soz.) bekämpft die Straffpflicht Reffen, denen er den Charakter der Sozialversicherung abspriht.

Staatskanzler Dr. Nickerich: Was die Absolutenversicherung angeht, so bin auch ich der Ansicht, daß in den letzten Jahren auf diesem Gebiet Veränderungen notwendig sind, die nicht nur bestehen, sondern die auch lebhaften Wünschen entsprechen müssen. Der Abg. Oberberg hat mit Recht die Gefahr seines Unmuts über diese Dinge geäußert. Wir haben alle Verantwortung, die Unsicherheiten, die auf diesen Gebiete hervortreten, mit großer Sorgfalt zu verfolgen. Ich kann hier feststellen, daß die Regierung, namentlich auch das Ministerium für Versicherungsangelegenheiten, jetzt schon ihre Aufmerksamkeit diesen Einrichtungen zugewendet haben. Die Reichspräsident hat bei der Verbilligung dieser Einrichtungen, die das Volkswohl lähmen, eine Stellung bezieht. Jetzt ist es anders geworden. Die Reichspräsident hat das Volkswohl als einen vollen Bestandteil der Bevölkerung ausgesprochen. In einem anderen Falle ist gleichfalls eine Beratung durch ein anderes Gesetz erfolgt. Wir haben die Hoffnung, daß die Unternehmern derartiger Expeditionen, die dadurch werden sollen, werden. Ich bin freilich der Ansicht, daß auch die Presse nach dieser Richtung wirken sollte, da diese Einrichtungen sich in ihrer eigenen Mitte zeigen. Unanständiges literarisches Unternehmern darf sich mit solchen Dingen überhaupt nicht befassen. Eine Abhilfe würde wohl erfolgen, wenn aus den Reihen der Presse heraus diese Mißstände energig bekämpft würden. Sollte mit Hilfe der Reichspräsident und mit Hilfe der durch die Presse vertretenen öffentlichen Meinung auf diesem Gebiete sich eine vollständige Abhilfe nicht erzielen lassen, dann wird nichts anderes übrig bleiben, als den Weg der Gesetzgebung zu bezeichnen. Sollen wir aber diesen Weg betreten, dann dürfen wir nicht ein Gesetz beschließen, das sich nur mit der Regelung der privatrechtlichen Beziehungen befaßt, dann müssen wir weiter gehen. Das Haus kann überlegt sein, daß die Regierung diese Dinge mit Sorgfalt weiter verfolgen wird. Da die Handhabung und Verwaltung der Gesetzgebungen vielfach Unzulänglichkeiten zeigt, so hat die Regierung Veranlassung genommen, sich mit dieser Frage zu befassen. Die Unternehmungen sind

zum großen Teil Versicherungsunternehmen. Das ursprüngliche Wert bei den letzten 23 Jahren 16 Millionen Mark für die Kosten ihrer Arbeiter aufgewendet. Daher haben nicht nur die Landesverwaltungen, sondern auch die Reichsverwaltung den berechtigten Wünschen der Arbeiter ihre Aufmerksamkeit angewandt. Der Staatskanzler des Innern hat sich mit der freigelegten Verwaltung in Verbindung gesetzt. Es werden daran Verordnungen mit den künftigen Verfügungen im Hinblick, deren Ziel ist hauptsächlich eine reichsrechtliche Regelung ist. Wesentlich ist der Zeitpunkt einer solchen reichsrechtlichen Regelung noch nicht gekommen. Der Antrag Kretsch bildet keine geeignete Grundlage für eine gesetzliche Regelung. Auch ist eine gesetzliche Regelung im Hinblick an das verhängende Gesetz nicht möglich, weil Bestimmungen getroffen werden müssen, die auf privatrechtlichen Gebiete gerichtet liegen. Daher wird ein besonderes Gesetz zur Regelung dieser Angelegenheiten notwendig sein. Auf Grund dieses Gesetzes wird das Ministerium in der Lage sein, Abhilfe zu schaffen, wenn bei einzelnen Staaten die Arbeiter nicht zu ihrem Rechte kommen.

Der Antrag Singer (Soz.) erfolgt Vertagung.

Sonabend 11 Uhr: Reichspräsident, Reichsminister, Gewerkschaften, Unternehmungen, Arbeitervereine.

Schluß gegen 8 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Schöffengericht.

Halle, 1. Mai.

* **Diebstahlsfall.** Der Versicherungsinspektor Hr. hatte ein Pferd, das geschlachtet werden sollte, billig erstanden. Er das das Pferd aber noch für gebrauchsfähig hielt, verkaufte er es anderweitig zu verkaufen. Der Versicherungsman Hr. W. aus Wittenberg kam dazu, als Hr. W. vor dem Schöffengericht in einem Verfahren mit zwei Pferdehändlern verhandelte und diese, wie für das Pferd 100 Mf. geboten wurden. Er dachte sich nun an Hr. W. heran und warnte ihn, das das Pferd an die Pferdehändler zu verkaufen, denn diese würden nur mit einem halben Preis zahlen. Dabei bot er seine Hilfe bei dem Verkauf an. „Habe ich Sie es nur mir, ich verkaufe es Ihnen und Sie werden sich selber selbst helfen“, mit diesen Worten ludte er das Vertrauen des Hr. W. zu gewinnen. Dieser ließ sich überreden und brach die Verhandlungen mit den Pferdehändlern ab. Er übergab das Pferd und sagte ihm, daß er 115 Mf. verlange, was mehr dafür gezahlt werde, sollte Hr. W. bringen. Dringend bot er ihn aber noch, ihn ja nicht um das Geld zu geben, weil er, wenn er das Geld nicht kauft, keine er die Miete nicht bezahlen. Hr. W. gab darauf dem Hr. 15 Mf. als Anzahlung und einen Rest über 40 Mf., verkaufte das Pferd aber nicht, sondern verkaufte es gegen ein anderes ein anderes, das er dann für 60 Mf. verkaufte. Hr. W. eruchte, als das eingekaufte Pferd wieder veräußert war, davon. Er ging zu W. hin und ließ ihm die 60 Mf. zu geben. Dieser verweigert am anderen Tage zu zahlen. Hr. W. hat aber kein Recht nach dem Geld erhalten. Wegen seiner Handlungsweise wurde W. um ein Monat Gefängnis verurteilt.

Sommerproffen werden den Herren den Sommer über
am besten empfohlen mit **Herba-Seife**.
zu haben in allen Apotheken, Droge- u. Parf. h. G. 50 Pf. u. 1 Mk.
Weniger **Erfinder** erl. Patente, Gebrauchsmuster u. durch A. Teichmann & Co., Leipzig, Querstrasse 31. Telefon 9991. Auskunfts kostenlos.

Alex Michel

Halle a. S., Kleinschmieden, Ecke Markt.

Grosse Spezial-Abteilung fertiger Herren- u. Knaben-Bekleidung.



Bitte meine Schaufenster beachten!
Garantie für guten Sitz. Denkbar beste Verarbeitung.
Enorm grosse Auswahl. Anerkannt billige Preise.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins zu Halle a. S.

Herren-Anzüge

Jackett- u. Rocklaçons, von 55 Mk. in den modernsten Stoffen u. Farben, sowie in tadelloser Verarbeitung bis 10 Mk.

Herren-Paletots und Ulster

in Kammgarn, Covercoat sowie Dessins in engl. Geschmack, chiko u. solide 42 36 30 25 19 16 13 50 8 Mk.

Knaben- und Jünglings-Anzüge

Arbeiter-Kleidung für alle Berufsarten enorm billig!

Lehrlings-Bekleidung in grosser Auswahl.

Zwirnstoff-Joppen u. Luster-Jackets

Einzelne Herren-Stoff-Hosen

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins zu Halle a. S.

